

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 295/2021
Kiel, Mittwoch, 27. Oktober 2021

Landwirtschaft/ Gänsemanage-
ment

Oliver Kumbartzky zu TOP 20 „Weiterentwicklung des Gänsemanagements“

In seiner Rede zu TOP 20 (Weiterentwicklung des Gänsemanagements in Schleswig-Holstein) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Oliver Kumbartzky:

„Wir haben heute Vormittag über die Biodiversitätsstrategie und über den Artenrückgang gesprochen. Dass der Artenrückgang aufgehalten werden muss, steht außer Frage. Und es ist daher sinnvoll und nötig, Arten besonders zu schützen, die vom Aussterben bedroht sind. So verhielt es sich auch in den 1950er Jahren mit der Nonnengans. Diese Art war in den 1950er Jahren bedroht und wurde unter Schutz gestellt. Seitdem gab es dann eine bemerkenswerte Zunahme der Bestände. Um 1970 gab es bereits 50.000 Exemplare. Und aktuell wird der Gesamtbestand auf über 1,4 Millionen Tiere geschätzt – und das allein in der russisch-niederländisch-deutschen Population.“

Zu beachten ist übrigens auch, dass die Nonnengänse nicht nur wie früher ausschließlich an der russischen Eismeerküste brüten, sondern mehr und mehr auch ganzjährig an den norddeutschen und dänischen Küsten und in den Niederlanden verweilen. Folgerichtig wurde die Bestandssituation der Nonnengans im Jahr 2016 in der Roten Liste gefährdeter Arten der IUCN als ‚Least Concern (LC)‘, sprich ‚nicht gefährdet‘ eingestuft.

Die Frage ist nun: Warum befindet sich die Nonnengans immer noch auf Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie, die Arten auflistet, für die besondere Schutzmaßnahmen zu treffen sind? Hier muss angesetzt werden, um zu einem wirksamen Bestandsmanagement und damit einer räumlich und zeitlich erweiterten Bejagung zu kommen. Wir brauchen generell ein Monitoring auf EU-Ebene und einen dynamischen Mechanismus zur Anpassung der Artenschutzlisten. Da muss die EU-Kommission ran.

Da wir hier aber nicht im Europaparlament sind, sondern im Kieler Landtag, müssen wir uns hier und heute mit den Maßnahmen befassen, die wir direkt und unmittelbar beeinflussen können. Ich bin Ministerpräsident Daniel Günther ausdrücklich dankbar dafür, dass er sich auf den nordfriesischen Inseln ein Bild vom Gänsefraß gemacht und das Thema auch beim Landesbauern- tag sehr deutlich angesprochen hat.

Wir dürfen unsere Landwirte an der Westküste nicht im Stich lassen! Der wirtschaftliche Fortbestand der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe darf nicht in Frage gestellt werden. Die Schäden bis hin zum Totalausfall auf Acker- und Weideflächen sind schlicht nicht hinnehmbar. Es ist deshalb gut und richtig, dass unsere Landesregierung sich des Themas angenommen hat und schon einige Instrumente zur Verfügung stellt.

So ist es richtig, dass über den Vertragsnaturschutz finanzielle Unterstützung für betroffene Betriebe geleistet wird. Wir begrüßen, dass die Landesregierung darüber hinaus Instrumente entwickelt, mit denen im Rahmen der neuen GAP-Förderperiode die Gänsefraßschäden finanziell gezielter kompensiert werden können. Richtig ist zudem, dass eine Anpassungsberatung für die Betriebe auf den Inseln angeboten wird und diese weiter ausgebaut werden soll. Beratung, Vertragsnaturschutzprogramme und Ausweichflächen sind das eine. Diese Punkte führen aber nicht zu einer Bestandsreduktion. Diese erreichen wir nur über die Entnahme von Eiern und durch Abschüsse.

Die rechtlichen Möglichkeiten sollen – so steht es auch in unserem Antrag – weiter ausgeschöpft werden, um die Zahl der eingesammelten Eier der hier brütenden Gänse zu steigern. Zudem sollen die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Abschussanträge weiter zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dafür sind die jagdrechtlichen Regelungen weiter anzupassen. Auch die Digitalisierung kann zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen – unsere dänischen Nachbarn machen es uns vor. Hier kann der Abschuss innerhalb von Minuten online beantragt werden.

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Koalition. Der Antrag ist ein klares Zeichen dafür, dass der Landtag an der Seite der Landesregierung steht und die bisherigen Maßnahmen hinsichtlich des Gänsemanagements anerkennt. Zugleich fordert er mit unserem Antrag die Landesregierung auf, diesen Weg fortzuführen sowie alle Möglichkeiten zur Entspannung der Situation auch weiterhin auszuschöpfen. Das Gänsemanagement ist weiterzuentwickeln. Nur so helfen wir den betroffenen Landwirten.“